König Wilhelm's I. Thronbesteigung ein neuer Zug in die preußische Politik kam und der „Mann von Blut und Eisen" das Schwert zu schmieden begann, das den deutschen Knoten durchschlagen sollte.

Wir sind heute nur zu geneigt, die Dinge vor 1866 im Lichte des Ausganges des Bruderkrieges und in dem noch glänzenderen von 1870/71 zu betrachten. Das ist erklärlich und verzeihlich, aber es ist nicht historisch und auch nicht gerecht. Wir wollen ganz absehen von der unglückseligen Tripsidee Beust's, die die sächsische Politik beherrschte und in einer gewissen Periode durchaus nicht aussichtslos erschien: nein, die seit 1849 mit Preußen gemachten Erfahrungen wiesen den König Johann und den nunmehrigen Kronprinzen Albert ebenso auf Oesterreich hin, wie die zahlreichen Familienbande, die sich im Laufe der Zeit geschlungen hatten. Mag der Krieg von 1866 noch so sehr als Bruderkrieg zu bedauern sein, er führte Sachsen zur richtigen Erkenntniß der Lage und zum Einlenken in eine klare und ohne Rest aufgehende Politik.

Auf die Schlacht von Königgrätz, jene erste große Bethätigung des Feldherrngenies unseres Königs Albert, ist hier nicht Gelegenheit noch Raum einzugehen. Entsinnen wir uns nur noch des Wortes, das der feindliche Generalstabschef schrieb im Hinblick auf solche Leistung: „Eine geschlagene Armee, die, dem Unvermeidlichen sich fügend, ruhig und geordnet das Schlachtfeld verläßt, kann sich dem Sieger fast ebenbürtig an die Seite stellen, und wollte Gott, daß dies geschehe — und bald!" Und dieses Bald trat ein; Moltke's und aller Patrioten Hoffnungen erfüllten sich in einer Weise, wie nur reines, gutes Wollen auf allen Seiten sie zeitigen kann. „Mit derselben Treue, wie ich zu dem alten Bunde gehalten habe, werde ich zu dem neuen halten", so hatte König Johann in seiner schlichten und eben darum überzeugenden Weise erklärt, und nach diesem Satze hat in überreicher Thätigkeit auch sein Nachfolger gehandelt. Das beweist der Freudenzug, der heute die Herzen der dankerfüllten Unterthanen des Königs Albert wie Orgelton und Glockenklang erfüllt, das beweist die Antheilnahme des ganzen deutschen Volkes an unserer Feier, das beweist der Glückwunsch, der verständnißvollster Würdigung entstammende Glückwunsch des alten Bismarck an seinen königlichen Gönner, das beweist die aus dankbarstem Herzen kommende Antheilnahme des deutschen Kaisers an dem herrlichen Ehrentage unseres Königs, seines so oft von ihm als solchen anerkannten väterlichen Freundes.

Und nun, fragt sich der Leser, nichts vom ruhmgekrönten Feldherrn und von dem treusorgenden Leiter und Vater seiner Armee? nichts von dem 25jährigen Walten des Königs? Nein, nichts: weil die Aufgabe, dem gerecht zu werden, weit über die Grenzen weniger festlicher Zeilen hinausragt. Wenn man im Schatten einer hochstämmigen, weitausladenden Buche liegt, so sieht man ja klar und einzeln die sonnenvergoldeten Blätter und Zweige über sich, aber der nahrungspendenden Wurzeln und wie tief sie liegen, gedenkt man nicht. Mit der Kenntnißgebung der weit zurückliegenden politischen Schule unseres Königs Albert sollte gespielt werden, wie und warum das Königthum unseres geliebten Herrschers ein nationales geworden ist im engeren und weiteren Sinne des Wortes und im herz- und hoffnungerfüllenden Sinne jedes Patrioten, und warum sich Millionen von Herzen und Händen am heutigen Tage erheben im bewußten Danke gegen die Vorsehung, im Danke für das Walten unseres allgeliebten Herrschers, und sich einen in dem Rufe:

Dem König Albert Heil, Gesundheit und ein an Jahren und Erfolgen reich gesegnetes Alter!

Dr. K. St.

Deutsches Reich.

-g- **Leipzig**, 22. April. In den letzten Tagen brachten auswärtige Zeitungen die Mittheilung, daß in Rozérieulles durch den Grenzcommissar aus Amanweiler ein gewisser Lefort unter dem Verdacht der Spionage verhaftet und nach Metz gebracht worden sei. Wie wir erfahren, befindet sich diese Angelegenheit bereits beim Reichsgericht; ob sich der Verdacht jedoch bestätigt, wird erst die Untersuchung lehren. — Dagegen ist von einem anderen jüngst aus Metz gemeldeten Spionagefall, bei dem drei Personen in Haft genommen worden sein sollen, beim Reichsgericht bis jetzt Nichts bekannt.

△ **Berlin**, 22. April. Aus dem 9. ostpreußischen Wahlkreise Allenstein-Rößel liegt die Nachricht vor, daß eine Vertrauensmänner-Versammlung der dortigen Centrumspartei den Propst Herrmann-Bischofsburg zum Reichstagscandidaten aufgestellt hat. Der jetzige Vertreter ist der Pole v. Wolszlegier. Dieser Beschluß ist, wie die ganze Geschichte des Wahlkreises, bezeichnend für den Kampf zwischen Deutschthum und Polenthum. Von 1871 bis 1890 war der Wahlkreis im unbestrittenen Besitz des Centrums; 1887 wurde hier der deutsche klerikale Candidat gewählt mit 14 846 Stimmen. Der Culturkampf hatte inzwischen seine Schärfe verloren; die confessionellen Gegensätze in der deutschen Bevölkerung schwanden und damit auch das politische Interesse, die Abneigung gegen das Deutschthum weiter hinter der Freundschaft mit dem Centrum zu verstecken. 1890 wurde ein selbstständiger polnischer Candidat aufgestellt und erhielt 5100 Stimmen; die Centrumsstimmen fielen auf 9010. Und 1893 kam dann der im Jahre zuvor in Gilgenburg im Nachbarkreise Osterode installirte polnische Pfarrer und Agitator v. Wolszlegier mit dem Centrumscandidaten in die Stichwahl und siegte mit 9045 polnischen über 7418 Centrumsstimmen. Jetzt steht in diesem Wahlkreise ein katholischer Pfarrer deutscher Nationalität gegen einen polnischen Propst, der sich redlich Mühe gegeben, den Bischöfen von Ermland und Kulm national-politisch so unbequem als möglich zu werden. Ob es nun der Centrumspresse klar wird, für wen sie arbeitet, wenn sie die polnische Frage nach vergilbten Culturkampfrecepten, die der Pole längst verächtlich weggeworfen, weiter als lediglich confessionelle behandelt?!

ß **Berlin**, 22. April. Das socialdemokratische Blatt „für die Interessen der Arbeiterinnen", die „Gleichheit", hat sich von einem Landwirth über die Sittlichkeit auf dem Lande unterrichten lassen. Die Quintessenz der Angaben des besagten „Landwirths", der in der Magdeburger Gegend seine Erfahrungen gemacht haben will, besteht in der Behauptung, daß die „besseren Herren auf dem Lande ihr wirthschaftliches Uebergewicht mißbrauchen, um die Töchter der armen Leute ihren Wünschen gefügig zu machen." Dieses Bekenntniß ist der bürgerlich-demokratischen Berliner „Volkszeitung" hochwillkommen. Sie druckt unter der packenden Ueberschrift „ländlich, sittlich, junkerlich" die noch packendere Schilderung des Gewährsmannes der „Gleichheit" ab und weist ihrerseits auf „besondere, werthvolle Broschüren von Geistlichen, Aerzten 2c." hin, welche die sittlichen Zustände auf dem Lande denen in den Großstädten an die Seite gestellt haben. Eine der hier angezogenen Broschüren, „Die Sittlichkeit auf dem Lande" von Pastor C. Wagner, ist der „Volkszeitung" sicherlich bekannt; denn sie hat, wie Pastor Wagner im Vorwort zur zweiten Auflage seiner Schrift bemerkt, zwei Artikelserien über sie veröffentlicht. Um so schärfer ist es zu verurtheilen, wenn das bürgerlich-demokratische Blatt die gewissenlose Hetzerei der socialdemokratischen „Gleichheit" zustimmend weiter verbreitet. Der „Gleichheit" kommt es lediglich darauf an, Arbeiterinnen für die Socialdemokratie einzufangen. Zu dem Zwecke stellt sie die „Töchter des Volkes" als unschuldig, als die verführten Opfer der „Bourgeoisie" hin. Wie falsch diese gehässig-tendenziöse Einseitigkeit ist, weiß die „Volkszeitung" aus Pastor Wagner's Schrift ganz genau. Es wird darin an der Hand einwandfreier Berichte der Nachweis geführt, daß es auf dem Lande mit der Sittlichkeit gerade der arbeitenden Classe schlecht bestellt ist, gleichviel, ob es sich um das männliche oder um das weibliche Geschlecht handelt, und es wird ferner nachgewiesen, daß unsittlicher Verkehr überwiegend bei social gleichstehenden Personen vorkommt. Es fällt uns nicht ein, deshalb zu behaupten, alle „besseren Herren" auf dem Lande seien Muster an Tugend und Sittsamkeit; gewiß, auch sie ermangeln zum großen Theil des Ruhmes, den wir vor Gott haben sollen. Ihnen allein aber die Verantwortung für die Unsittlichkeit auf dem Lande aufbürden, das bringt nur Der fertig, dem jedes Mittel recht ist, gegen die Landwirthe zu hetzen.

⊙ **Berlin**, 22. April. Wie der „Reichsanz." berichtet, hat der **Kaiser** an den Generalfeldmarschall Grafen **v. Blumenthal** am heutigen Tage folgendes Handschreiben erlassen:

Mein lieber Feldmarschall! Nachdem durch Meine Ordre vom 28. März und 21. April d. J. Ihre äußeren Dienstverhältnisse anderweit geordnet sind, nehme Ich an heutigen Tage, an welchem Ihnen vor nunmehr 34 Jahren Mein in Gott ruhender Herr Großvater für Ihre hervorragenden Verdienste während des Feldzuges von 1864 den Orden pour le mérite verliehen, gern Gelegenheit, erneut Meiner Freude warmen und herzlichen Ausdruck zu geben, daß mit Ihrem Rücktritt von der Stellung als Armee-Inspecteur in den Beziehungen zu Mir und Meiner Armee eine Aenderung nicht eingetreten ist. Ich und Meine Armee sind stolz darauf, Sie auch weiter als leuchtendes Vorbild aller soldatischen Tugenden zu besitzen. Um Ihnen auch ein äußeres Zeichen Meiner fortdauernden Dankbarkeit und Meines Wohlwollens zu geben, verleihe Ich Ihnen hiermit die Brillanten zum Orden pour le mérite.

Homburg v. d. H., den 22. April 1898.

Ihr wohlgeneigter König

Wilhelm R.

An den Generalfeldmarschall
Grafen von Blumenthal,
Chef des reitenden Feldjäger-Corps
zu Berlin.

⊙ **Berlin**, 22. April. (Telegramm.) Den Geburtstag seines Chefs, des **Königs Albert von Sachsen**, wird das 2. Garde-Ulanen-Regiment in folgender Weise feiern: Am Sonnabend früh wird das Regiment nach dem großen Cavallerie-Exercirplatz hinter der Hasenheide abrücken, wo an Stelle des Commandeurs, Obersten Freiherrn v. Langermann und Erlenkamp, welcher sich nach Dresden begeben hat, der älteste Escadronchef Rittmeister von Katte eine auf die Bedeutung des Tages hinweisende Ansprache halten wird. Nach einem Parademarsch rückt das Regiment in die Caserne wieder ein, wo die Mannschaften ein Festmahl erwartet. Abends findet eine Ballfestlichkeit statt. Das Officiercorps vereinigt sich Abends zu einem Festessen.

⊙ **Berlin**, 22. April. (Telegramm.) Die „Nordd. Allg. Ztg." bestätigt, daß für die **Reichstagswahlen** der 16. Juni in Aussicht genommen ist.

⊙ **Berlin**, 22. April. (Telegramm.) Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht eine Cabinetsordre, wonach die obersten Verwaltungsbeamten in **Deutsch-Südwestafrika** und **Togo** fortan den Titel kaiserl. Gouverneur führen.

⊙ **Berlin**, 22. April. (Telegramm.) Die englische Regierung hat, wie der „Reichsanz." meldet, im Hinblick auf die bevorstehende Besitznahme von **Wei-hai-wei** der deutschen Regierung spontane Mittheilung gemacht, daß sie nicht Willens sei, die deutschen Interessen und Rechte in der Provinz Schantung zu schädigen oder in Frage zu stellen, oder Deutschland in jener Provinz Schwierigkeiten zu bereiten; insbesondere sei es nicht beabsichtigt, von Weihai-wei oder dem zugehörigen Gebiete Eisenbahnen nach dem Innern Schantungs anzulegen.

B. **Berlin**, 22. April. (Privattelegramm.) Die „Post" bespricht die **völkerrechtlichen Handelsbeziehungen der neutralen Staaten** während des spanisch-amerikanischen Krieges und glaubt in der Annahme nicht fehl zu gehen, daß die deutsche Regierung dieser Frage bereits ihre Aufmerksamkeit zugewendet habe und daß auch wegen der internationalen Behandlung der Sache eine gewisse Fühlungnahme zwischen den Großmächten im Gange sei.

— Die Organe der hiesigen Leitung des Bundes der Landwirthe setzen den nationalliberalen Wählern in der Pfalz eine Frist von vierzehn Tagen, um darauf zu verzichten, daß ihre künftigen Vertreter im Reichstag der nationalliberalen Fraction beitreten. Dazu schreibt die „Nationalliberale Corr.": „Es versteht sich von selbst, daß diese erneute anmaßende Einmischung in die Verhältnisse der Pfalz eine entschiedene Zurückweisung findet. Die nationalliberalen Wähler der Pfalz sind weder besoldete Agitatoren noch Commis der Berliner Bundescentrale." Auch im neunten hannoverschen Reichstagswahlkreis Hameln haben die Wähler gegen die Anmaßung der Bündler protestirt. Die Nationalliberalen hatten dort den Landwirth Hische aufgestellt, der zugleich Mitglied des Bundes der Landwirthe ist. Die Bündler aber erachteten Herrn Hische nicht als agrarisch genug und stellten den extremen Bündler Meinecke auf. Der nationalliberale Parteivorstand gab nach, Herr Hische trat „freiwillig" zurück. Gegen dieses Verhalten des Parteivorstandes hat ein großer Theil der nationalliberalen Wählerschaft jetzt Einspruch erhoben. Am Dienstag hat in Hameln eine Versammlung nationalliberaler Wähler stattgefunden, die nach lebhaften Erörterungen den Beschluß faßte, einen eigenen liberalen Candidaten aufzustellen. Gleichzeitig fand in Hameln eine Bündlerversammlung statt, die an der Candidatur Meinecke festhielt.

— Im Januar d. J. hat, den „Berl. N. N." zufolge, die Zahl sämmtlicher seit Bestehen der deutschen Arbeiter-Colonien aufgenommenen Colonisten 100 000 überschritten. Der Zweck der Arbeitercolonien ist bekannt. Es bestehen jetzt deren 29, davon 18 im Königreich Preußen. Im Jahre 1897 wurden über 7000 Personen aufgenommen. Die Aufnahme war am stärksten im November, am schwächsten im Juni. Die Colonisten gehören allen Berufen an. Dem Alter nach waren unter 20 Jahren 1500, über 70 Jahre 27. Nach dem Familienstande waren die meisten ledig, getrennt, verwittwet oder geschieden, nur 337 verheirathet. Unter allen aufgenommenen Colonisten befand sich nur ein einziger Jude.

— Die gerichtlichen Gefangenen in der preußischen Monarchie haben amtlicher Nachweisung zufolge im Jahre 1896/97 8 031 475 Arbeitstage oder 18 154 weniger wie 1895/96 geleistet. Ihre Tagesdurchschnittszahl betrug auch 382,13 weniger und bezifferte sich auf 31 837,55. Nicht beschäftigt von der letzteren Zahl waren 5065,27 Köpfe, überhaupt beschäftigt 26 772,28, davon mit Hausarbeiten 2570,49 und für Dritte gegen Lohn 24 201,79. Aufgekommen sind durch die Arbeit insgesammt 3 188 399,96 ℳ oder 66 701,50 ℳ mehr als 1895/96, davon 891 774,68 ℳ durch Verwendung der Gefangenen zur Arbeit außerhalb des Gefängnisses, 2 263 868,50 ℳ durch sonstigen Arbeitsverdienst und 32 756,78 ℳ an Ueberschüssen, welche durch besondere Umstände veranlaßt sind. Die Kosten der Beschäftigung außerhalb des Gefängnisses betrugen 181 232,14 ℳ, so daß als reiner Arbeitsverdienst die Summe von 3 007 187,82 ℳ verblieb. Von dem reinen Arbeitsverdienst entfielen auf jeden Gefangenen 94,45 ℳ, auf den für Dritte gegen Lohn beschäftigten Gefangenen 124,23 ℳ. An die Gefangenen wurden bewilligt bezw. für sie reservirt 917 323,55 ℳ, zur Gerichtscasse 2 092 217,44 ℳ abgeliefert. Von dem letzteren Betrage verblieb der Staatscasse ein Antheil von 1 655 134,91 ℳ, als Remunerationen an die Gefängniß-Beamten wurden 434 709,36 ℳ vertheilt.

— Der Erlaß des preußischen Cultusministers über die Verleihung des medicinischen Doctorgrades hat folgenden Wortlaut: „In Abänderung der Promotionsordnung der medicinischen Facultäten bestimme ich hierdurch: 1) Die Verleihung des Doctorgrades in der medicinischen Facultät darf in der Regel erst erfolgen, nachdem der Candidat die Approbation als Arzt für das Reichsgebiet erlangt hat. 2) Ausnahmen hiervon in besonderen Fällen (wie namentlich bei Ausländern) zu gestatten, wo die vorherige Erfüllung jener Vorbedingung dem Candidaten aus gewichtigen Gründen nicht zuzumuthen ist, bleibt den Facultäten mit diesseitiger Genehmigung vorbehalten. 3) Für Candidaten, deren Zulassung zur Promotion vor dem 1. October dieses Jahres erfolgt, bewendet es bei den bisherigen Bestimmungen."

* **Stolp**, 20. April. Es ist jetzt Aussicht vorhanden, daß Stolpmünde einen den Verkehrsverhältnissen angepaßten Hafen erhalten wird, denn der Staatssecretair des Reichs-Marine-Amts, Staatsminister Tirpitz, hat den „Berl. N. N." zufolge die darauf gerichtete Petition thatkräftig unterstützt. Der Staatssecretair stellte es vom strategischen Standpuncte als wünschenswerth hin, daß der Hafen auszubauen sei, damit er im Kriege kleineren Fahrzeugen der Marine als Stützpunct dienen könne. Der Staatssecretair des Reichs-Marine-Amts scheint als Mitglied des preußischen Staatsministeriums seinen Einfluß bei Hafenbauten in besonders erfolgreicher Weise zu bethätigen.

* **Hanau**, 20. April. Der Vorstand des hiesigen nationalliberalen Wahlvereins hat neuerdings den Beschluß gefaßt, das zwischen Conservativen und den Nationalliberalen unseres Wahlkreises für die Wahlen zum Reichs- und Landtag bisher unterhaltene Cartell auch für die nächsten Wahlen bestehen zu lassen. Die Nationalliberalen wollen sich mit conservativer Unterstützung wieder das Landtagsmandat sichern, während die Conservativen den Reichstagscandidaten Oberst a. D. Sieg-Wiesbaden aufstellen.

* **Mainz**, 21. April. Die hiesigen Zimmerleute, die in die Lohnbewegung eingetreten sind, verlangen eine Erhöhung des Stundenlohnes um 4 ₰, von 38 auf 42 ₰; die Zimmermeister haben beschlossen, eine Erhöhung von nur 2 ₰ für die Stunde zu bewilligen.

* **Darmstadt**, 21. April. Am nächsten Sonntag findet hier eine Vertrauensmänner-Versammlung der nationalliberalen Partei statt, in der der Candidat für den Reichstag nominirt werden soll. Wie der „Darmstädter Tägl. Anz.", das Organ der hiesigen Nationalliberalen, vernimmt, wird Rechtsanwalt Mey I., der in der „Frankf. Ztg." bereits vor drei Wochen genannt war, in Aussicht genommen. Im Wahlkreise Erbach-Bensheim soll, da von einer Candidatur Haas nicht mehr die Rede ist, der Landtagsabgeordnete Euler, Fabrikant in Bensheim, in Aussicht genommen sein.

s. **Stuttgart**, 22. April. (Privattelegramm.) Wie der „Schwäbische Merkur" mittheilt, ist an Stelle Gültlingen von den Nationalgesinnten aller Richtungen des 7. württembergischen Wahlkreises Professor Hieber-Stuttgart als Reichstagscandidat aufgestellt worden.

* **Straßburg**, 21. April. Im Reichstagswahlkreise Straßburg-Land stellt der bisherige nationalliberale Vertreter Bürgermeister Dr. med. Bostetter-Brumath seine Candidatur wieder auf. Gegencandidat ist der socialistische Schriftsetzer Tetz-Straßburg.

* **München**, 21. April. Die „Münch. N. N." berichtigen ihre Meldung, der Herausgeber der „Zukunft", Maximilian Harden, sei wegen eines Artikels über König Otto durch Strafmandat des k. Amtsgerichts München I wegen groben Unfugs in Strafe genommen, dahin, daß die Amtsanwaltschaft gegen Harden Anklage wegen groben Unfugs erhoben hat. Für die Verhandlung ist Termin auf den 28. April festgesetzt. Das Blatt fügt hinzu: „Es ist dies unseres Wissens der erste Fall, daß die Fiction des ambulanten Gerichtsstandes der Presse einen preußischen Journalisten vor ein bayerisches Gericht stellt."

* **München**, 20. April. Die „Augs. Postztg." plaidirt für ein Verbot der Fideicommißbildungen, weil in Folge der Bodenzinsübergünstigungen sowie der schon gewährten und noch zu erwartenden Vortheile für die Landwirthschaft das Großcapital bereits daran sei, landwirthschaftliche Immobilien zu erwerben, um Fideicommisse daraus zu machen, sich dadurch den erblichen Adel, die Reichsrathswürde 2c. zu erwerben. Es scheint also auch das Centrum der Fideicommißwirthschaft ein Ende machen zu wollen.

Oesterreich-Ungarn.

Zur inneren Lage.

* **Wien**, 22. April. (Telegramm.) Die katholische Volkspartei beschloß einstimmig, bezüglich der Ministeranklage Uebergang zur Tagesordnung zu beantragen, jedoch mit ausdrücklicher Mißbilligung der lex Falkenhayn. Würde diese mißbilligende Tagesordnung abgelehnt, dann bleiben die Klerikalen den anderen Abstimmungen über die Ministeranklage fern, wodurch die Linke die Mehrheit erlangen würde. Die Führer der Rechten sind über die Haltung der Klerikalen erbittert, sie drohen im Falle der Auflösung der bisherigen Mehrheit mit einem slawischen Gegenbund. Man erwartet eine stürmische Sitzung, da Namens der Rechten Kramarz durchaus sprechen will, um auf die Angriffe gegen das frühere Präsidium zu antworten. (Voss. Ztg.)

* **Pest**, 21. April. Die Aufnahme der Ausgleichsvorlagen in der liberalen Presse ist eine relativ günstige. Es wird constatirt, daß der Versuch vorliege, die Institution der Consumsteuern zu beseitigen. Die Oppositionspresse schlägt Lärm. Das Land sei an Oesterreich verkauft. — Sämmtliche Abendblätter verurtheilen auf das Schärfste das Vorgehen der Polizei gegen die Socialisten am gestrigen Abend. Von den gestern verhafteten 121 Socialisten wurden 102 zu Freiheitsstrafen von 3 bis 16 Tagen und Geldbußen von 25 bis 130 fl. verurtheilt. — Die dem Abgeordnetenhause angehörenden Sachsen beabsichtigen ihren Austritt aus der Regierungspartei und Constituirung einer eigenen Partei. (Frkf. Ztg.)

Orient.

Bulgarisch-serbische Differenzen.

* **Konstantinopel**, 22. April. (Telegramm.) Der serbische Gesandte Novakowitsch unternahm im Yildiz-Kiosk Schritte in dem Sinne, daß die Kirche in Kumanowo wie früher den Serben und Bulgaren in strenger Abwechslung zum Messelesen offen stehen soll. Der Gesandte überreichte der Pforte ferner eine Note, in welcher die Bestrafung von 6 Albanesen und der türkischen Grenzwache für die letzte Grenzüberschreitung verlangt wird. (Wiederholt.)

Asien.

Prinz Heinrich.

* **Shanghai**, 22. April. (Telegramm.) Prinz Heinrich von Preußen begab sich gestern nach Woosung, besichtigte dort die nach deutschem Muster einexercirten eingeborenen Truppen, sah einer Gefechtsübung zu und wohnte sodann einer Besichtigung der Shanghaier Freiwilligen bei.

Amerika.

Der Krieg um Cuba.

* **Madrid**, 21. April. **Eine vollständige Ministerkrisis ist infolge der ersten Sitzung der Cortes ausgebrochen. Viele Abgeordneten ließen sich dahin aus, daß eine bisher so schwache Regierung nichts tauge zur Leitung der jetzigen Geschäfte. Sagasta überreichte die Demission des ganzen Cabinets.** (Frkf. Ztg.)

* **Biarritz**, 22. April. (Telegramm.) **Woodford passirte** hier heute Vormittag. In Valadolid veranstaltete die Bevölkerung bei seiner Durchfahrt lärmende Kundgebungen und schleuderte Steine gegen den Zug. Die Menge wurde mit Waffengewalt zurückgetrieben.

* **Paris**, 22. April. (Telegramm.) Die Betheiligung der hiesigen spanischen Colonie an der in der Botschaft aufgelegten Subscription dauert fort.

* **New York**, 21. April. Die Mächte wurden heute verständigt, daß der Kriegszustand existirt. Von einer formellen Kriegserklärung wird wahrscheinlich abgesehen. — Die Ausstellung von Kaperbriefen ist nur dann beabsichtigt, wenn Spanien die Initiative ergreift. — Der Generalpostmeister Gary demissionirte. Er war im Cabinet der eifrigste Friedensfreund. Sein Nachfolger Charles Emory Smith ist Besitzer der Philadelphia „Preß". (Frkf. Ztg.)

* **New York**, 21. April. Der Aufruf für 100 000 Freiwillige soll heute erfolgen. Die Staatsmilizen von Pennsylvanien, Massachusetts und Delaware sind mobilisirt. Ein zweites Geschwader soll sofort Segelordre erhalten. — Die Flotten-Operationen beginnen sofort, da das Nord-West-Geschwader Segelorder hat. — Die sofortige Blockade der cubanischen Häfen ist anscheinend beschlossen, wenn auch das Cabinet sich noch gegen ein eventuelles Bombardement der Hafenstädte sträubt. Die Leiter der militairischen Operationen sind hingegen für ein sofortiges schonungsloses Vorgehen. (Frkf. Ztg.)

* **Key-West**, 22. April. (Telegramm.) Die Monitors „Terror" und „Puritan", das Kanonenboot „Helena", die Kreuzer „Marblehead" und „Detroit", der Aviso „Delphine" und drei Torpedoboote sind hier eingetroffen.

* **Key-West**, 22. April. (Telegramm.) **Das Auslaufen des Geschwaders war heute früh 5¼ Uhr beendet.**

* **London**, 22. April. (Telegramm.) Der Washingtoner Berichterstatter des „Daily Chronicle" telegraphirt: Nach dem Ministerrathe am Donnerstag, der stattfand, um die künftigen kriegerischen Bewegungen zu erwägen, sagte ein Mitglied des Cabinets, Commodore Sampson's Keywestflotte werde sofort auslaufen, um Schiffe mit Proviant für die Nothleidenden nach Cuba zu geleiten. Die Flotte werde sich vorläufig nicht auf Feindseligkeiten einlassen, sondern die Insel blockiren, bis eine Occupationsarmee nach Cuba gesendet werden könne. Falls sie nicht von den Spaniern beschossen werde, werde die Flotte keinen Schuß abfeuern, bis die Armee landungsbereit sei. Es dürften zwei Wochen verstreichen, ehe die Armee eingeschifft werden könne. (Voss. Ztg.)

* **Havannah**, 22. April. (Telegramm.) Die Proclamation Blanco's fordert die Cubaner auf, eine fremde Invasion mit Waffengewalt zurückzuweisen.

* **Havannah**, 22. April. (Telegramm.) Infolge der Proclamation des Marschalls Blanco sammelte sich eine große Volksmenge vor dessen Palais. Eine Abordnung begab sich zu Blanco und erklärte sich bereit, bis aufs Aeußerste zu kämpfen. Blanco dankte vom Balcon aus und gab der Bevölkerung die Versicherung, daß er sie zum Siege führen werde; sie würden den letzten Tropfen Blut vergießen, ehe sie einen Fremden den Fuß auf das von Spanien entdeckte Land setzen lassen. Die Menge beantwortete die Ansprache mit Hochrufen auf Spanien, die Armee, den König und die Marine. Die Häuser sind festlich geschmückt. Gestern Abend fand eine Illumination statt.

* **New York**, 22. April. (Telegramm.) Eine Depesche des „Newyork Herald" aus San Juan (Portorico) meldet, daß im Bezirke Ponce, im südlichen Theile von Portorico, ein Aufstand ausgebrochen sei und überall auf der Insel Unruhen auftreten.

* **Toronto** (Canada), 22. April. (Telegramm.) Hauptmann Lee von der königl. Militairschule zu Kingston (Provinz Ontario) erhielt von der englischen Regierung Befehl, morgen nach Washington zu reisen, um mit den amerikanischen Truppen nach Cuba abzugehen und der amerikanischen Bewegung beizuwohnen.

* **London**, 21. April. Die Nachrichten über einen bevorstehenden engeren Zusammenschluß Amerikas und Englands mehren sich. Aus New York wird gemeldet: Der Secretair der amerikanischen Gesandtschaft in London, White, sei in einer geheimen Mission in Washington. Er theile dem Präsidenten Mac Kinley die Ansichten des Prinzen von Wales über diese Frage mit. Eine Allianz (?) sei im Werke. (Frkf. Ztg.)

* **Paris**, 22. April. (Telegramm.) Die Neutralitätserklärung, die die französische Regierung vorbereitet und wahrscheinlich schon heute veröffentlichen wird, ist vom Professor des Völkerrechts Louis Renault ausgearbeitet; sie trifft besonders Bestimmungen für das Durchsuchungs- und Aufbringungsrecht auf hoher See und für die Zulassung von Kaperschiffen in französische Häfen und umschreibt genau den Begriff der Kriegscontrebande. In hiesigen Marinekreisen beklagt man, daß die seit dem 1. April in den capverdischen Gewässern versammelte spanische Kriegsflotte so viel Zeit verloren habe und erst gestern nach Amerika abgedampft sei, und glaubt, daß die amerikanische Flotte unter schneidiger Führung in den ersten Tagen große Erfolge erringen könne. Die Spanier entschuldigen ihre Saumseligkeit damit, daß sie alles hätten unterlassen wollen, was den Amerikanern einen Vorwand zu Beschwerden hätte bieten können, selbst auf die Gefahr hin, dadurch beim Beginn der Feindseligkeiten zeitweilig in Nachtheil zu gerathen. An ein Bündniß Englands mit Amerika will man hier nicht glauben; so meint man, die politische Formel „Die Angelsachsen gegen die ganze Welt" würde für die Angelsachsen größere Gefahren in sich schließen als für die Welt. (Voss. Ztg.)

* **Petersburg**, 22. April. (Telegramm.) Das „Journal de St. Pétersbourg" schreibt bezw. des spanisch-amerikanischen Conflictes: Man kann sagen, daß in dem gegenwärtigen Conflict das Gewicht der Vergangenheit auf der Gegenwart lastet. Die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten hatte mit so vielem Eifer die einzelnen Phasen des Kampfes auf Cuba verfolgt, ihre Sympathien für die Sache der Insurgenten haben sich mit solcher Stärke kundgegeben, daß man sagen kann, der Conflict sei gewissermaßen durch die Macht der Verhältnisse herbeigeführt worden. (Wiederholt.)

Marine.

* **Berlin**, 22. April. (Telegramm.) S. M. Schulschiffdivision, „S. 1" und „S. 32" sind am 20. d. M. in Swinemünde eingetroffen, am 21. nach Stolpmünde weitergegangen und daselbst eingetroffen. Die B-Tpdbtdiv. ausschl. S. M. Tpdbt. „S. 73" ist am 21. d. M. von Eckernförde in See gegangen. S. M. S. „Aegir" hat am 21. d. M. die Wachtschiffsgeschäfte von S. M. S. „Blücher" in Kiel übernommen. S. M. S. „Pfeil" ist am 21. in Neufahrwasser eingetroffen und beabsichtigt, am 22. wieder in See zu gehen. Es sind in Kiel eingetroffen: am 20. S. M. S. S. „Aegir" und „Carola", am 21. S. M. S. S. „Fritdjoff", „Mars" und „Beowulf", S. M. S. S. „Hohenzollern" und „Hagen" sind am 21. von Kiel in See gegangen.